

# PARLAMENTSREREPORT



## Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem 13. November hat Sachsen eine teilweise neue Regierung. Die Regierungsfaktionen stehen nicht vollständig hinter dem Ministerpräsidenten – drei Stimmen aus seinem Lager fehlten ihm letztlich. Dennoch sind die Fronten zunächst geklärt, auch wenn noch Hoffnung besteht, dass eine „neue politische Kultur“ im Landtag verhindern könnte, dass sie verhärten. Das wäre in der Tat ein Fortschritt.

Das Parlament hat seine volle Arbeitsfähigkeit inzwischen fast erreicht. Ich freue mich sehr, dass Horst Wehner auf Vorschlag der Linksfraktion erneut zum Vizepräsidenten des Landtages gewählt wurde. Übrigens hat ihn vor kurzem auch der Paritätische Wohlfahrtsverband Sachsen zu seinem Präsidenten bestimmt. Zu beiden Ämtern gratuliere ich ihm herzlich!

Überschattet wurde die Landtagssitzung von der missglückten Vereidigung des neuen alten Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich – eine Petitesse zwar, aber eine peinliche, zumal Sachsens CDU gern mit reibungslosen Abläufen glänzt und sich als Kraft darstellt, bei der alles wie ein Uhrwerk funktioniert. Im Eid gemäß Art. 61 der Landesverfassung fehlte nun ausgerechnet der Schwur, „Schaden von ihm (dem Volk) zu wenden“. Hoffen wir, dass das kein Omen ist! Zur innerparteilichen Beliebtheit des Landtagspräsidenten Matthias Röbber dürfte dieser Schnitzer jedenfalls nicht beigetragen haben.

Schaden vom Volk abzuwenden ist allerdings auch eine Aufgabe der Opposition. Wir nehmen sie weiter gern wahr, ob wir nun einen Eid darauf geschworen haben oder nicht. Dazu gehört, dass wir sehr genau aufpassen werden, ob das Handeln der neuen Regierung das Leben in Sachsen besser macht oder nicht.

*Rico Gebhardt*

Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Tillichs Fünfjahrplan: Für Dynamik sorgen wir!

Planwirtschaftliche Strukturen gelten als starr und ineffizient. Allerdings können weder Marktwirtschaft noch die Politik selbst auf das „Prinzip Planung“ verzichten: Wenigstens im Jahresrhythmus wird selbst in privaten Unternehmen geplant, und jede neue Regierung stellt zum Beginn ihrer Amtszeit einen Arbeitsplan auf. Jene von CDU und SPD, den Koalitionsvertrag, hat der Ministerpräsident in seiner ersten Regierungserklärung verteidigt. Ihr Titel: „Sachsen ist unser Auftrag: mit Kontinuität und Dynamik im Herzen Europas“. Interessant sind ihre Umstände, auf die **Oppositionsführer Rico Gebhardt** in seiner Reaktion verwies: Erstens verletzten CDU und SPD schon am ersten Tag ihre Vereinbarung. Die sieht vor, dass Regierungserklärungen im Kabinett abzustimmen und zu besprechen sind – kurioserweise war die Minister-Riege aber zum Zeitpunkt der Regierungserklärung erst seit einer Stunde im Amt. Zweitens konnte die Rede nach Tillichs erster Regierungserklärung (2009) nur eine Bankrotterklärung werden. Damals hatte er schließlich eine schwarz-gelbe Zehn-Jahresplanung angekündigt. „Dieser Plan fand am 31. August dieses Jahres ein jähes Ende. Die sächsische Bevölkerung hat Ihnen, Herr Ministerpräsident, die Chance eingeräumt, sich von Ihren selbst geschaffenen Irrtümern zu befreien“. Das Motiv der „Reparaturbrigade Tillich“ dränge sich auf, so Rico Gebhardt.

Der Ministerpräsident verspricht „Kontinuität, wo sie richtig ist“ und „Dynamik, wo wir sie brauchen“. So sollen die im Bundesvergleich recht kleinteiligen sächsischen Unternehmen „noch mehr aus sich heraus wachsen können“; Sachsen verfügt nur über wenige Firmensitze, die Betriebsgrößen sind eher gering. Helfen soll ein „revolvierender Fusions-

fonds für den sächsischen Mittelstand“. Die Idee: Geförderte Betriebe sollen nach ihrer Vergrößerung die genutzten Mittel wieder in den Fonds einzahlen, wodurch diese für das nächste Unternehmen bereitstehen. Warum kam die CDU nicht früher auf diesen Gedanken? Vielleicht, weil sie das Wahlprogramm der LINKEN von 2014 noch nicht kannte. Dort wird ein solcher Fusionsfonds gefordert. „Ein Dank, Herr Ministerpräsident, wäre schon angebracht gewesen, da wir Sie nun zumindest in einigen Bereichen auf einen richtigeren Kurs gebracht haben“, so Gebhardt. In der Haushaltspolitik sieht sich die Opposition ebenfalls bestätigt. In den letzten Jahren hatte sie stets kritisiert, dass sich der Freistaat künstlich arm rechnet und wichtige Investitionen unterbleiben. „Die neue Koalition stellt nun fest, dass doch Geld da ist, was sich mit unseren Berechnungen zu Sachsens Staatsfinanzen und insbesondere den erheblichen Rücklagen deckt. Also, willkommen in der Realität!“, freut sich der Oppositionsführer. Während diese Reparaturen also offensiv erfolgen, sollen andere eher klammheimlich stattfinden. Die einzige konkrete Ankündigung, die Tillich 2009 vorgenommen hatte, war folgende: Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Freistaates werde von knapp 87.000 auf 70.000 reduziert. Dieses Ziel war zu keinem Zeitpunkt durch belastbare Planungen untersetzt, wie der Sächsische Rechnungshof kritisierte. Im Koalitionsvertrag wird nun eine Kommission angekündigt, die bis 2016 eine aufgabenorientierte Personalbedarfsplanung erstellen soll – dazu sagte Tillich kein Wort. Ein solches Gremium ist aber nicht notwendig, um zu erkennen, dass in wichtigen Bereichen auch 2019 zu wenig Personal vorhanden sein wird. So ersetzen die schwarz-

roten Planungen zur unbefristeten Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer mit Glück die Altersabgänge, mehr aber nicht. Notwendige Reformen – längeres gemeinsames Lernen in kleineren Klassen, schulische Inklusion, jahrgangsübergreifender Unterricht und anderes mehr – sind offenbar nicht vorgesehen. Bei der Kindergartenbetreuung ist Brandenburg dem Freistaat Sachsen selbst dann noch voraus, wenn eine Erzieherin nur noch 12 und nicht mehr 13 Kinder betreut. Und bei der Polizei wird die geplante Einstellung von mindestens 400 Polizeianwärtern „in den nächsten Jahren“ unzureichend sein. „Was feiern Sie da eigentlich? Im nächsten Jahr scheiden 444, im Jahre 2018 476 und 2019 sogar 509 Polizisten planmäßig aus dem aktiven Dienst aus“, mahnte Rico Gebhardt. Es ist also höchst fraglich, ob manche Reparaturmaßnahmen ausreichen werden. Andere wurden von der Koalition komplett vergessen: etwa die Evaluation des Standorte-Gesetzes, also des Behörden-Umzugszirkus. Kein Wort findet sich im Vertrag auch zur weiteren Modernisierung der Landesverfassung, obwohl sich die Fraktionsvorsitzenden am Ende der Legislaturperiode darüber einig waren, dass weitere Verfassungsänderungen notwendig sind. Gebhardts Fazit: „Bisher steht Ihr kopfloser Umgang mit dem angekündigten Abschied von Vattenfall stellvertretend für den ganzen Start dieser Regierung: Viel Kontinuität, wenig Dynamik. Ich verspreche Ihnen, dass wir Ihnen ordentlich einheizen werden, damit es noch was wird mit der Dynamik!“ Denn Pläne können beweglich sein – wenn man die Planer dazu bringt, sich zu bewegen. An Denkanstößen und alternativen Gestaltungsvorschlägen wird es die größte Oppositionsfraktion nicht mangeln lassen.



# Von Engeln am sauberen Himmel der Lausitz

Gerhard Gundermann, Liedermacher und zudem Maschinist im Tagebau Spreetal, besang die Schutzengel über dem Revier – und auch deren Weggang beim Ende des Abbaus. „Seht, wie die Engel/sich am sauberen Himmel drängeln,/über dem Revier./Sie müssen fort, in’ne andere Welt, einen anderen Ort,/so wie viele hier./So wie wir“. Der Text entstand 1996. Heute ist Gundermanns Grube längst geschlossen und geflutet, und es sieht so aus, als könnte der schwedische Staatskonzern Vattenfall das Ende der verbliebenen Tagebaue beschleunigen. Da die Braunkohlevorkommen endlich sind, stellt sich ohnehin seit jeher die Frage, wann und vor allem wie sich der Ausstieg aus der Kohleverstromung vollziehen soll. Was also tun in einer Region wie der Lausitz, die von der Kohle lebt und ein Ausstiegsszenario braucht? Gundermanns Anmerkung „So wie wir“ soll jedenfalls nicht noch mehr Braunkohle-Beschäftigte treffen. Sie sollen nicht weggehen müssen.

Die **Technologie-Expertin der Linksfraktion, Dr. Jana Pinka**, erlebte nach eigener Aussage ein Déjà-vu, als der Landtag im November auf Antrag der LINKEN das Thema „Lausitz nicht verkohlen – Ja zum Strukturwandel, mit oder ohne Vattenfall!“ debattierte. Schon im Juli hatte sie vor dem Hohen Haus einen Antrag vertreten, der ein „Forschungsprogramm für einen



Strukturwandel in der Lausitz“ forderte. Mittels wissenschaftlicher Expertise, so der Vorschlag, sollen Entwicklungswege für die Zeit nach dem Braunkohleabbau entwickelt werden, um die wirtschaftliche Grundlage der Lausitz langfristig zu sichern. Da hatten die Pläne von Vattenfall, sich selbst ökologisch nachhaltig und kosteneffizient auszurichten, den Handlungsdruck wohl noch nicht merklich erhöht; die Regierenden schoben das Thema weiter auf. Absehbar, so Pinka, sei die jetzige Entwicklung dennoch gewesen: „Bereits im Jahre 2011 gab sich Schweden eine neue Energiestrategie. Investitionen sollen nur noch in Erneuerbare Energien getätigt werden. 2014 haben sich die Lenker des Staatskonzerns zum Verkauf der

Tagebaue und Kraftwerke in Sachsen entschieden“. Das sei nachvollziehbar, denn der Braunkohle-Abbau ist mittlerweile trotz der großzügigen Subventionspolitik – die Betreiber müssen zum Beispiel keine Wasserentnahmeabgabe zahlen – ein millionenschweres Verlustgeschäft. Mit knapp 550 Millionen Euro standen die Vattenfall-Sparten Generation (Kraftwerke) und Mining (Tagebaue) allein 2013 im Minus. Ministerpräsident Tillich hat in seiner Regierungserklärung „eine sichere, umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung“ angekündigt. Er wirkt in der Vattenfall-Angelegenheit längst wie ein Getriebener: Bitt-Prozessionen nach Schweden, von ihm selbst und vom seinerzeitigen Wirtschaftsminister in spe Martin Dulig

durchgeführt, kamen ebenso zu spät wie Briefe an die schwedische Regierung, so Pinka. Auch ihr Fraktionskollege und **Sprecher für Energiepolitik, Marco Böhme**, kritisierte die neue Staatsregierung: „Ich musste ziemlich schmunzeln, als der Ministerpräsident sagte, dass diese Regierung etwas für den Klimaschutz tun wird. Die einzigen, die aktuell etwas für den Klimaschutz tun, sind der Großkonzern Vattenfall und der schwedische Staat. Allein die drei Kraftwerke in der Lausitz haben einen höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß als ganz Schweden zusammen!“ Sachsen brauche einen Plan für einen geregelten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2040. Diese Zeit wird auch benötigt, um den 2.900 sächsischen Vattenfall-Beschäftigten neue berufliche Chancen zu geben. „Denn das sind hochqualifizierte Menschen, die wir für die Energiewende brauchen“, so Böhme. Allein in Sachsens Windenergiebranche arbeiten derzeit mehr als 5.000 Sächsinen und Sachsen. „Also, lassen Sie uns endlich von einem Ausstiegsplan sprechen und nicht weiter an der Technologie von vorgestern arbeiten!“ Beispielsweise könne der Freistaat die jetzt zu veräußernden Kohlekraftwerke erwerben und in einen geregelten Ausstiegsplan integrieren.

Inzwischen drängt die Zeit. Für die Beschäftigten wie auch für die Landschaft der Lausitz muss nun endlich die Politik den Schutzengel spielen.

## Künftig „mehr Leben“ im Landtag?

Über Plenardebatten gibt es manche Vorurteile, die mehr oder weniger berechtigt sind. Dass eine mögliche Arbeitsverweigerung mancher Abgeordneter schuld daran sein könnte, dass der Sitzungssaal oft leer erscheint, ist beispielsweise unwahrscheinlich. Schließlich müssen die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger viele weitere Aufgaben erfüllen, die eigentliche Sacharbeit findet überdies in den Ausschüssen statt. Schon eher trifft die Annahme zu, dass Plenardebatten langweilig sein können. Wenn die Sitzungsregeln neu ausgehandelt werden, gibt es aber Spielraum für Innovationen, die „etwas mehr Leben“ ins Geschäft bringen. Die waren ein Verhandlungsziel der Linksfraktion, als es um die neue Geschäftsordnung des Landtages ging.

„Selbstverständlich sagt eine Geschäftsordnung viel über das Verständnis aus, das Fraktionen in der Frage mitbringen, wie wir im Parlament miteinander umgehen wollen“, gab **Sebastian Scheel, Parlamentarischer Geschäftsführer der LINKEN**, zu bedenken, als das Grundsatzdokument zur Abstimmung stand. Es seien einige Erfolge erreicht worden. So bleibe die Fragestunde erhalten, in der sich die Staatsregierung den kritischen Nachfragen der Abgeordneten stellen muss. Zusätzlich ist ab sofort eine Ministerbefragung möglich, die vormittags und damit an prominenter Stelle stattfinden wird. Dabei werden die Ressortchefs zu Themen, die die Fraktionen abwechselnd benennen, ins Fragefeuer geschickt. Freudig stimmt auch, dass eine

bizarre Regelung verhindert wurde: Ursprünglich sollte über Änderungsanträge zu Drucksachen nur abgestimmt werden können, wenn der Urheber des Ausgangsdokuments das genehmigt. Damit wären vor allem die Rechte der Opposition empfindlich geschwächt worden.

„Aber natürlich ist eine Mehrheit immer auch geneigt, diese Macht zu nutzen, um Entscheidungen in ihrem Sinne durchzusetzen“. Deshalb, so Scheel, gebe es auch eine Reihe von Punkten, bei denen Änderungen nötig gewesen wären. LINKE und GRÜNE brachten deshalb Änderungsanträge ein. Sie wollten so erreichen (*Drucksache 6/240*), dass bei der Besetzung des Präsidiums sowie der Ausschüsse ein alternatives Zählverfahren angewendet wird, um das Stärkeverhältnis der Fraktionen zu ermitteln. Das bisherige Verfahren führt dazu, dass kleinere Fraktionen besonders benachteiligt werden. Der Bundestag ist da schon weiter.

In einem weiteren Antrag (*Drucksache 6/241*) strebten LINKE und GRÜNE an, dass Ausschusssitzungen ab sofort grundsätzlich öffentlich sein sollen. In vielen anderen Bundesländern ist das die Regel. „Ich denke nicht, dass das zu Schaufensterdebatten führen würde. Ich

habe in den letzten Jahren eher die Erfahrung gemacht, dass erst dann überhaupt Debatten geführt werden“, begründete Scheel diesen Vorstoß. Auch die sächsischen Parlamentarier sollten den Mut aufbringen, „sich mit dem Gesicht zum Volke in öffentlichen Ausschusssitzungen Debatten zu liefern“.

Im Alleingang begehrte die Linksfraktion (*Drucksache 6/242*), dass externe Sachverständige in sogenannten Enquete-Kommissionen künftig wieder ein volles Stimmrecht erhalten. Diese Gremien beraten über einen längeren Zeitraum hinweg über „große Themen“ – zuletzt den demografischen Wandel und die Innovations- und Technologiepolitik –, und sprechen Empfehlungen aus. Daher ist es geboten, die Expertise von außerhalb des Hohen Hauses mit denselben Rechten zu versehen, wie sie den Abgeordneten zukommen. Für Scheel wäre das die Rückkehr zum „Vorrang der Sachdebatte vor der Mehrheitsmeinung“.

All diese Anträge wurden von der CDU/SPD-Mehrheit abgelehnt. Somit fallen Licht und Schatten auf die neue Geschäftsordnung des Hohen Hauses. Sachsens Abgeordnete müssen nun beweisen, dass sich Vorurteile mit diesem Regelwerk dennoch korrigieren lassen.



# „Ich nenne das Erpressung“

Annekatrien Klepsch ist eine viel beschäftigte Abgeordnete: Nach den Bereichen Kinder- und Jugendpolitik, frühkindlicher Bildung und Kultur, um die sich die Dresdnerin seit 2009 kümmerte, wird sie künftig die Wissenschafts- und Hochschulpolitik betreuen. Warum sie diese Aufgabe übernahm und was sie sich vorgenommen hat, erklärt Annekatrien Klepsch im Interview mit „Parlamentsreport“.



**Frau Klepsch, Sie waren schon in der vergangenen Wahlperiode Mitglied des Wissenschaftsausschusses. Die Hochschulpolitik**

**dürfte Ihnen nicht vollkommen neu sein. Wie stark müssen Sie sich einarbeiten?**

*Die sächsische Hochschullandschaft ist mir vertraut, vor allem hinsichtlich der Fragen unzureichender Grundfinanzierung, befristeter Beschäftigung von NachwuchswissenschaftlerInnen und der drohenden Schließung von Studiengängen wie Pharmazie und Theaterwissenschaft an der Uni Leipzig, an der ich selbst studiert habe. Als Dresdnerin bewegt mich natürlich auch die TU als Exzellenz-Uni und die Folgen für die Hochschulen in Sachsen. Tiefer einarbeiten möchte ich mich in Fragen der Forschungs- und Wissenschaftspolitik.*

**Nachdem der Koalitionsvertrag von CDU und SPD veröffentlicht worden war, schätzten manche Medien ein, der drohende Abbau von 1.042 Hochschul-Stellen bis 2020 sei abgewendet. Ist das so?**

*Die sächsischen Hochschulen sollen von der neuen Landesregierung gelockt werden mit einem Stopp des Stellenabbaus ab 2017, wenn sie die neuen Zielvereinbarungen*

*bis 2025 unterschreiben. Ich nenne das Erpressung.*

**Die SPD-Politikerin Eva-Maria Stange hat erneut das Wissenschaftsministerium übernommen. Sie tritt damit in die Fußstapfen von Sabine Freifrau von Schorlemer, die sich als Parteilose nicht recht gegen die CDU durchsetzen konnte – obwohl sie auf deren Ticket ins Ministerium eingezogen war. Setzen Sie diesbezüglich mehr Hoffnungen in die neue Ressortchefin?**

*Ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass Eva-Maria Stange versucht, sich für die Hochschulen und auch für bessere Arbeitsbedingungen von Nachwuchswissenschaftlern stark zu machen. Angesichts der Tatsache, dass der Finanzminister und Sparkommissar der Regierung immer noch Georg Unland ist, kann ich Frau Stange nur viel Kraft und Durchsetzungsvermögen im Kabinett für die Haushaltsdebatten wünschen.*

**Welche hochschulpolitischen Schwerpunktprojekte können Sie sich für die kommenden fünf Jahre vorstellen?**

*Die Herausforderungen sind vielfältig. Im Interesse der Studierenden müssen wir die Studentenwerke stärken, damit sie ihre Aufgaben wie die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnen, Mensa-Essen und bedarfsgerechter Beratung gut erfüllen können. Ich hoffe, es gelingt uns, Wissenschaftsministerium und Universität Leipzig zu überzeugen, die Studiengänge für Pharmazie, Archäologie und Theaterwissenschaft nicht zu schließen, weil sie einmalig in Sachsen angeboten werden. Der Ausbau der TU Dresden als Exzellenz-Uni darf nicht zulasten der anderen Hochschulen gehen. Wir werden außerdem darauf achten, dass die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Hochschulen und Studiengängen, zwischen Beruf und Studium sowie die Vereinbarkeit von Studium und Familie verbessert wird. Es muss gelingen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu erhöhen. Befristete Arbeitsverträge sollen nicht nur für Monate, sondern über mehrere Jahre abgeschlossen werden – so lang, wie Forschungsprojekte laufen.*



## Erwachsen ist, wer für Kinderrechte kämpft

Kinderrechte brauchen Schutz – als Menschenrechte sollten sie Teil der Verfassungen sein, am besten in allen Staaten. Die UN-Kinderrechtskonvention vom 20. November 1989 fordert genau das von den unterzeichnenden Staaten. Zu letzteren gehört die Bundesrepublik seit dem 26. Januar 1990, mithin seit fast 25 Jahren. Obwohl der Bundestag schon 1992 das Abkommen bestätigte, sind die Kinderrechte aber noch immer nicht Teil des Grundgesetzes. Das bundesweite Aktionsbündnis „Kinderrechte ins Grundgesetz“ weist zu Recht darauf hin, dass das nachgeholt werden muss – das Kindeswohl müsse Vorrang haben, und Kinder sollen als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft anerkannt werden. Da sich auf Bundesebene nichts bewegt, ist offenbar Druck aus den Bundesländern nötig. Deshalb for-

dert die Fraktion DIE LINKE von der sächsischen Staatsregierung (Antrag Drucksache 6/168), dass sie über den Bundesrat eine Gesetzesinitiative starten soll. Ihr Ziel soll darin bestehen, dass die Kinderrechte ausdrücklich in die Verfassung aufgenommen werden. Außerdem soll sie einen Bericht darüber vorlegen, wie die UN-Kinderrechtskonvention in Sachsen bislang umgesetzt wurde und wo noch nachgebessert werden muss. Um letzteres zu gewährleisten, soll die Regierung ein Maßnahmenpaket entwickeln. Ministerpräsident Tillich sprach in seiner Regierungserklärung davon, dass er Sachsen zu einem „erwachsenen“ Bundesland entwickeln wolle. Nun wird ihm eine schöne Möglichkeit serviert, damit anzufangen – beim Einsatz für die Rechte unserer Jüngsten.

## Horst Wehner ist erneut Landtags-Vizepräsident

Der inklusionspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Horst Wehner, ist als einer der Vizepräsidenten des Sächsischen Landtages wiedergewählt worden. Für ihn stimmten 87 von 125 anwesenden Abgeordneten und damit deutlich mehr Mandatsträger, als die Fraktion DIE LINKE Mitglieder hat. Wehner freut sich über diese hohe Zustimmung: „Ich bin dankbar für das Vertrauen der Abgeordneten und darüber, dass ich diese Aufgabe eine weitere Legis-

laturperiode im Dienste des Allgemeinwohls ausüben darf. Es bleibt weiter mein Anliegen, der Öffentlichkeit zu zeigen, dass auch in verantwortlichen Positionen volle Teilhabe im Rollstuhl möglich und machbar ist“. Er hoffe nun, dass es zu Fortschritten auf dem Weg zum barrierefreien Sachsen kommt, obgleich der Inklusions-Gesetzesentwurf von LINKEN und SPD in der letzten Legislaturperiode auch von der CDU abgelehnt worden war.



# Vielfalt statt Einfalt auch in der Bildung

In Baden-Württemberg gab es zu Beginn dieses Jahres wütende Proteste gegen den Bildungsplan der grün-roten Landesregierung. Kern war die Frage, ob sexuelle Vielfalt, insbesondere die Thematisierung von Homosexualität und Transidentität, als Teil des Unterrichtsstoffes vermittelt werden soll. In diesem Zusammenhang gründete sich die „Initiative Besorgte Eltern“. Unter dem Vorwand, gegen eine zu frühe Sexualisierung von Kindern einzutreten, wurde zu Demonstrationen aufgerufen. Hinter der vorgebrachten Sorge verbergen sich allerdings ein reaktionäres Frauen- und Familienbild, Homophobie und die Abwertung von Vielfalt. Das bedeutet faktisch nichts anderes, als die Vater-Mutter-Kind-Familie zur Norm zu erheben und alle anderen Lebensentwürfe und Familienmodelle als Abweichung abzuwerten und zu diskriminieren.

Die Wirklichkeit hat die Norm, dass nur ein einziges Familienmodell wünschenswert ist, allerdings längst überholt. Das zeigt die hohe Anzahl von Alleinerziehenden und Patchworkfamilien – daran ist auch nichts auszusetzen. Den selbsternannten RetterInnen der klassischen Familie kann man nur sagen: Willkommen in der Realität. Und zu der gehören auch Regenbogenfamilien.

Obwohl momentan eine vergleichbare Novellierung des Bildungsplans in Sachsen gar nicht im Gespräch ist, meldete diese Initiative für den 15. November 2014 eine Kundgebung auf dem Dresdner Theaterplatz an, um gegen die „frühkindliche Sexualisierung“ zu demonstrieren. Dies lässt sich auch hier wieder leicht als Instrumentalisierung entlarven. Denn das, wovor gewarnt wird, findet definitiv nicht im Schulunterricht statt. Vielmehr wird notwendige Aufklärungsarbeit dämonisiert, die es jungen Menschen ermöglicht, einen gesunden Umgang mit der eigenen Sexualität zu finden. Wenn überhaupt eine (frühkindliche) Sexualisierung stattfindet, dann nicht in der Schule, sondern in der Gesellschaft, befeuert durch die Werbeindustrie. So könnte man sich zum Beispiel fragen, ob die vermeintlich besorgten Eltern sich schon einmal in Sachen sexistischer Werbung an den Werberat gewandt haben?

Unter dem Motto „Vielfalt statt Einfalt“ fand sich hinter dem Aufruf der CSD Dresden e. V. und des Gerede e.V. ein Bündnis für eine Gegen demonstration, dem sich auch die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, Sarah Buddeberg und Marco Böhme, anschlossen. Ziel war es, vor allem der Abwertung von vielfältigen Lebens- und Lebensformen



Sarah Buddeberg (li.) und Barbara Höll

ein deutliches Zeichen entgegenzusetzen.

Die Forderung nach Vielfalt bedeutet eben nicht die Abschaffung der sogenannten klassischen Familie. Es geht darum, Kindern und Jugendlichen in der Schule ein offenes und tolerantes Miteinander vorzuleben und es ihnen zu ermöglichen, ohne Angst vor Ausgrenzung oder Diskriminierung zu entscheiden, wie sie leben und wen sie lieben möch-

ten. Definitionen von „normal“ und „anders“ führen immer zu einer (Ab-)Wertung und zu Ausgrenzung. Hier liegt die Chance, im Bildungsbereich gegenzusteuern, damit Vorurteile nicht in der Schule an Kinder weitergegeben werden. Kinder, denen wir in der Schule vermitteln können, dass Vielfalt etwas Positives ist, werden selbst zu offenen und toleranten Menschen.

Sarah Buddeberg

## Daten schützen – Schnüffel-Maut kippen

Im „Autoland“ Deutschland ist sie ein heikles Thema: die von der CSU zu Wahlkampfzwecken ins Gespräch gebrachte PKW-Maut. Ihre Rechtsfestigkeit ist umstritten. Inzwischen hat der Bundesverkehrsminister seinen Gesetzesentwurf vorgelegt, und es werden massive Datenschutzbedenken laut. Denn der Entwurf sieht vor, die Maut mittels einer elektronischen PKW-Datenerfassung zu erheben. Das Kraftfahrtbundesamt soll ein Zentrales Infrastrukturregister anlegen, in dem zum Beispiel alle inländischen Kennzeichen, Fahrzeughalterdaten und Bankverbindungen gespeichert werden. Als Betreiber dieser Datenbank wird ein „privater Dritter“ benannt. Mittels flächendeckend eingesetzter Überwachungstechnik würden dann Fahrzeuge aufgespürt, deren Kennzeichen sich nicht im Datenbestand befindet.

Der sächsische Datenschutzbeauftragte Andreas Schurig schlug deshalb Alarm und wies darauf hin, dass eine „Totalüberwachung des Verkehrs“ drohe. Die angekündigte

Erhebungsmethode wertet Sachsens oberster Datenschützer als „völlig unverhältnismäßiges Projekt“. Hinzu komme, dass diese Datensammlung aus Steuermitteln finanziert werden müsste. Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder haben eine Resolution verabschiedet, in der sie die Bundesregierung „eindringlich zur Einhaltung der verfassungsrechtlich gebotenen Prinzipien der Datenvermeidung und Datensparsamkeit“ auffordern.

Die Fraktion DIE LINKE teilt diese Kritik und hat deshalb einen Antrag in den Landtag eingebracht (*Drucksache 6/272*). Darin fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen, dass auf die Überwachung des gesamten Autobahnverkehrs per Kfz-Kennzeichenerkennungstechnik verzichtet wird. Schließlich sind weitaus weniger problematische Erhebungsverfahren denkbar: Eine Vignette an der Windschutzscheibe nach dem Vorbild anderer Staaten könnte den angestrebten Zweck genauso erfüllen,

allerdings ohne datenschutzpolitischen Flurschaden.

Der Bundesverkehrsminister erwartet durch die PKW-Maut jährliche Einnahmen in Höhe von 500 Millionen Euro. Doch selbst wenn die Kosten des Bürokratie-Monsters Maut diesen Optimismus rechtfertigen sollten, ist der Preis, den die Autofahrerinnen und Autofahrer zahlen müssten, hoch. Allein schon der millionenfache Eingriff in ihre Grundrechte, die Verletzung des Datenschutzes käme sie teuer zu stehen. Denn der Staat könnte bis zu dreizehn Monate lang nachverfolgen, wo sie sich wann bewegt haben. Die Sächsischen und Sachsen würden dreifach zahlen: in Form der Mautgebühren, mit ihrem Steuergeld für die Erhebung der Daten und mit einem permanenten Eingriff in ihre Privatsphäre. Grundrechtswidrige Vorratsdatenspeicherung ist mit der Linksfraction auch im Verkehrsbereich nicht zu machen. Wenn die PKW-Maut also schon kommen muss, dann wenigstens in einer Form, bei der die Bürgerinnen und Bürger nicht über fortdauernd drohenden Datenmissbrauch besorgt sein müssen. Andernfalls griffe auch bei der PKW-Maut eine perfide „Logik“: Einige schwarze Schafe gelten als Maßstab der Politik und animieren den Gesetzgeber, wichtige Bürgerrechte freiwillig zu beschneiden. Das sollte nicht geschehen. Denn Deutschland ist nicht nur eine Autofahrer-Nation, sondern vor allem ein Rechtsstaat.

Bei der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag soll frühestmöglich, zum 1. Februar 2015, eine **Teilzeitstelle** (30-Stunden-Wochenarbeitszeit) als

**Parlamentarisch-wissenschaftliche/r Berater/in für die Fachbereiche Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Energie**

befristet bis zum Ende der 6. Wahlperiode des Sächsischen Landtages besetzt werden.

Detaillierte Auskünfte zu den Anforderungen und Aufgaben finden Sie im Internet unter:

[www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)

**Bewerbungsschluss: 29. Dezember 2014**

## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: [linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)  
[www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Kevin Reißig

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag



© Betty / pixelio.de